Mit ihrem Programm für die Stadtratswahl 2020 steht die Frauenliste Bayreuth für eine lebenswerte und lebendige Stadtgesellschaft, für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung. Dabei setzen wir vier Schwerpunkte:

- **Bayreuther Frauen ins Rathaus – Gelebte Gleichberechtigung**
- **Gutes Leben geht nur gemeinsam – Soziale Teilhabe**
- **Stadt für alle – Vielfalt als Normalität**
- **Den öffentlichen Raum zurückerobern – Grünes Bayreuth**
- **Besser für alle - Gemeinwohlorientierte Wirtschaft**

Feministische Politik orientiert sich konsequent an menschlichen Bedürfnissen und an der Stärkung der Bürger*innenbeteiligung. Nirgendwo ist diese Orientierung buchstäblich so naheliegend wie in der Kommune.

Wir setzen auf eine handlungs- und leistungsfähige Stadtregierung und Verwaltung, die das Wohl und die Lebensqualität aller Bayreuther*innen im Auge hat – unabhängig von ihrer Herkunft oder Hautfarbe, egal ob sie immer schon hier leben oder gestern erst zugezogen sind. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort, der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen in und durch Bayreuth, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und ihrer Offenheit für die Anliegen der Bürger*innen sind Kernpunkte mutiger Politik.

Wir leben in Bayreuth in einer wohlhabenden Stadt und dennoch sind Teile der Bevölkerung systematisch von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Gemeinwohlorientierte Politik muss sich immer an den Schwächsten orientieren. In Bayreuth muss ein gutes Leben für alle möglich sein.

Bayreuther Frauen ins Rathaus – Gelebte Gleichberechtigung

- Eine verbindliche Frauenquote von 50% bei den Führungspositionen in der Stadtverwaltung, kommunalen Einrichtungen und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Zum Beispiel die Geschäftsführung der Stadtwerke darf nicht länger allein mit Männern besetzt werden
- Gendergerechte Sprache als verbindlicher Standard im gesamten kommunalen Bereich
- Mehr Schutzräume und professionelle Beratung für Frauen, die Gewalt erfahren haben. Fast jede zweite Frau erlebt mindestens ein Mal im Leben körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Es darf nicht sein, dass in Bayreuth Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen werden, weil Plätze fehlen
- Qualifizierte Schulungen durch Frauen zum Thema Gewalt an Frauen für alle Zuständigen in der Sozialarbeit, Polizei, bei den Ordnungsdiensten sowie entsprechenden Behörden.
- Ausbau des Angebots an Frauenzentren in allen Stadtteilen
- keine sexistische Werbung mehr in Bayreuth

Gutes Leben geht nur gemeinsam – Soziale Teilhabe

- Wohnen ist Bürger*innenrecht: bezahlbarer Wohnraum für alle!
Grundsätzlich Vermeidung des Verkaufs von städtischen Immobilien. Wenn Immobilien veräußert werden, dann müssen soziale und gemeinwohlorientierte Käufer*innen (z. B. Baugenoss*innenschaften) Vorrang haben
- Unterstützung alternativer Formen des Zusammenlebens wie Mehrgenerationenhäuser, Senior*innenhaus- und –wohngemeinschaften
- Investitionsprogramm zum kommunalen Erwerb und zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien in Wohnraum
- Erhöhung des Mietsatzes bei staatlichen Sozialleistungen: Die Mieten steigen auch in Bayreuth immer weiter an, was es vielen Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, schwer bis nahezu unmöglich macht, eine Wohnung zu finden. Besonders große Familien geraten dadurch in existenzielle Notlagen
- Ausbau der Obdachlosenhilfe: auch wenn obdachlose Menschen im Stadtbild von Bayreuth nicht wahrnehmbar sind, gibt es sie dennoch. Das aktuelle Angebot der Obdachlosenhilfe ist in Bayreuth sehr begrenzt und sollte durch Beratungsstellen, präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit und Notübernachtungsplätze erweitert werden
- Verstärkung von Beratungsangeboten durch Angebote im städtischen Bürger*innenbüro, Förderung von Initiativen zur aufsuchenden Hilfe für alte und arme Menschen
- Unterstützungsangebote für Menschen mit Suchtproblematik: Nicht nur Erwachsene, sondern auch Jugendliche haben Probleme mit legalen und illegalen Suchtmitteln. Die Stadt Bayreuth sollte eine bislang noch nicht veranlasste Sozialraumanamnese durchführen, um den Hilfebedarf süchtiger Menschen zu ermitteln. Zudem sollten sie die in diesem Feld bereits tätigen Organisationen vernetzen und niedrigschwellige Angebote für Erwachsene und Jugendliche fördern
- Erziehungs- und Pflegeangebote sowie Beratungen ausbauen: kleinere Gruppen in Kitas/KiGas durch städtische Finanzierung, 50 % Männer-Quote in städtische Kindertagesstätten
- Kostenfreie, professionelle Selbstverteidigungskurse
- Durchführung von Gleichwertigkeits- oder Anerkennungs-Audits in allen städtischen Behörden, Betrieben und Einrichtungen
- Es sind neue Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das Job-Sharing oder das Modell der jährlichen Arbeitszeit im kommunalen Sektor zu ermöglichen, damit Eltern sich nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Ebenso setzt sich die Frauenliste für Teilzeitausbildung im öffentlichen Dienst ein

Stadt für alle – Vielfalt als Normalität

- Bayreuth braucht einen selbstverständlichen Umgang mit Vielfalt, keine Sonderstrukturen
- Gleiche Chancen für alle Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Hautfarbe und Religion
- Inklusives Bayreuth: Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- Integration als kommunales Schwerpunktsthema
- Kommunale Gesamtstrategien zum Thema Integration entwickeln und fortschreiben, die den Bedürfnissen in Bayreuth angepasst sind
- Unterstützung lokaler Netzwerke und eine stärkere Vernetzung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure im Bereich Integration
- Ausbau der Förderung und Unterstützung von unabhängigen Initiativen, Vereinen und kulturellen Veranstaltungen, die sich gegen Rechtsextremismus, alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie für eine aktive Erinnerungskultur engagieren
- Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten, um Vorurteilen gegenüber, Ausgrenzung von sowie Gewalt an Muslim*innen und Juden/Jüdinnen effektiv und nachhaltig entgegenzutreten
- Umbau des Ausländeramts zu einer Willkommensbehörde am Beispiel der Stadt Erlangen
- Ausbau von Beratungsstellen für LGBTIQ* und qualifizierte LGBTIQ*-Beauftragte an kommunalen Schulen

Den öffentlichen Raum zurückerobern – Grünes Bayreuth

- Klimaschutz als vorrangige kommunale Aufgabe
- Einrichtung eines personalstarken, kommunalen Klimaschutzmanagements zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Bayreuth
- Potential für erneuerbare Energien in Bayreuth ausschöpfen. Lokale Ressourcen für erneuerbare Energien nutzen. Sofortiger und konsequenter Ausbau der Solarenergie (Photovoltaik und Solarthermie) und Windenergie (kleine Windkraftanlagen) auf öffentlichen Gebäuden und zeitnah auf allen Bayreuther Dächern, Blockheizkraftwerke auch für den Mikrobereich (Einfamilienhäuser mit 15kW)
- Bebauungspläne unter ökologischen und energetischen Gesichtspunkten aufstellen
- Autofreie Innenstadt: Einschränkung des privaten Autoverkehrs zu Gunsten von Fahrrad, ÖPNV und öffentlichem Raum
- flächendeckender Ausbau der Fahrradinfrastruktur
- Straßen vom Autoverkehr entlasten und wieder frei machen für die, die darauf angewiesen sind: Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Rettungs- und Pflegedienste, Feuerwehr oder Lieferverkehr und Handwerker*innen
- Sofortmaßnahme: Ausbau der Park & Ride und Bike & Ride Angebote. Park & Ride kostenlos zur Verfügung stellen
- Anruftaxen zu ÖPNV-Tarif in der Nacht und in Randzeiten
- Reduzierung der Luftverschmutzung durch Tempolimits im Stadtgebiet
- Festinstallierte Blitzeranlagen an neuralgischen Punkten

Besser für alle - Gemeinwohlorientierte Wirtschaft

- Ziele und Leitbild des kommunalen Wirtschaftens müssen konsequent Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe sein
- Verpflichtende Erstellung einer Gemeinwohlbilanz in allen städtischen Betrieben sowie einer extern erstellten Bilanz für die Stadt: Im Sinne der Gemeinwohlokonomie wird das Wohl von Mensch und Umwelt zum obersten Ziel des Wirtschaftens. Die Gemeinwohlokonomie ist ein ethisches Wirtschaftsmodell, welches nicht ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, sondern das Wohl von Mensch und Umwelt - also das Gemeinwohl - zum obersten Ziel des Wirtschaftens ernennt. Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung sind dabei die zentralen Werte
- Keine Privatisierung von Gemeinde- und Stadtwerken; auch keine Privatisierung von Teilbereichen wie Wasserwirtschaft, Wärme- und Stromerzeugung, Abfallbeseitigung usw
- Förderung von fairem und regionalem Handel (auch in den städtischen Dienststellen): Vorrang für Produkte und Dienstleistungen, die fair gehandelt werden, bei der kommunalen Beschaffung. Verabschiedung nachhaltiger Beschaffungsrichtlinien, die u. a. einen Termin innerhalb der Legislaturperiode festlegen, bis zu welchem alle Ausschreibungen im eigenen Wirkungskreis zu 100 % fair und nachhaltig sind
- Bevorzugung lokaler und regionaler Anbieter und Produkte von der Schulkantine über die öffentliche Verwaltung bis zum Krankenhaus
- Keine Verschwendung oder Wegwerfen von Lebensmitteln: Unterstützung von food sharing und anderen Initiativen, die Essen retten
- Förderung von (genossenschaftlichen) Bürger*innenprojekten, z.B. Wohnungsbau, Energie, Mobilität, Lebensmittelproduktion